

91. Delegiertenversammlung: Palliativmedizin in München

Am 26. März fand die 91. Delegiertenversammlung des Ärztlichen Kreis- und Bezirksverbandes München (ÄKBV) statt. Themen der Sitzung waren die palliativmedizinische Versorgung in München, die Haushaltsrechnung des ÄKBV für das Jahr 2008 sowie die Änderung der Satzung und der Wahlordnung des ÄKBV. Aus aktuellem Anlass wurde am Ende der Sitzung über kontroverse Äußerungen des KVB-Vorsitzenden Dr. Axel Munte diskutiert, die am gleichen Tag in der Süddeutschen Zeitung veröffentlicht worden waren.

Palliativmedizinische Versorgung in München

Im ersten Referat zum Haupttagesordnungspunkt „Palliativmedizin“ gab Dr. Thomas Binsack, Chefarzt der Palliativstation im Krankenhaus Barmherzige Brüder, einen Überblick über die aktuelle Versorgungssituation in München. Bis Anfang der 90er Jahre sei die Palliativmedizin in München nicht institutionalisiert gewesen, sagte Binsack, durch hohes Engagement vieler Hausärzte sei aber schon damals Palliativmedizin betrieben worden. Inzwischen gebe es im Stadtgebiet 60 Palliativbetten und im Umland zusätzliche 30 akutstationäre Palliativbetten. Die politische Forderung nach 45 Betten pro eine Million Einwohnern sei damit in München erfüllt. In der bayerischen Landeshauptstadt existierten zudem 28 Hospizbetten. Deren Finanzierung sei zwar kompliziert, aber machbar, sagte Binsack. Probleme im Bereich der Palliativversorgung gebe es derzeit allerdings bei der Umsetzung der von der Politik geforderten so genannten „Spezialisierten Ambulanten Palliativversorgung“ (SAPV). Mit der Gesundheitsreform aus dem Jahr 2007, dem GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz, war die Einrichtung von multiprofessionellen Palliativ-Care-Teams in das Sozialgesetzbuch V (SGB V) festgeschrieben worden. In einem solchen SAPV-Team sollen Ärzte, Pflegekräfte und weitere Mitarbeiter – beispielsweise Seelsorger – zusammenarbeiten. Die Finanzierung soll über Verträge geregelt werden, die die Kassen mit den Leistungserbringern abschließen sollen. Zwar seien bereits einige SAPV-Teams in Bayern entstanden, berichtete Binsack, deren Finanzierung sei aber unklar, da die Kassen bislang keine Verträge angeboten hätten. Nachdem Dr. Binsack diesen Überblick über die derzeitige Situation gegeben hatte, stellte die Allgemeinärztin Dr. Claudia Levin vier Forderungen für eine verbesserte Palliativversorgung auf. Erste Forderung: Neben der LMU München muss

auch die TU München einen Lehrstuhl für Palliativmedizin bekommen. Zudem muss Palliativmedizin ein Pflichtfach für alle Studenten werden. Zweite Forderung: Für Ärzte, die Sterbende betreuen, soll eine angemessene Pauschale eingeführt werden, die die Länge der intensiven Betreuung mit berücksichtigt. Früher habe es in der Gebührenordnung eine Sonderziffer „Versorgung eines Sterbenden“ gegeben, sagte Levin. Die heutige Gebührenordnung werte Sterbende wie alte Menschen mit Bagatellerkrankungen. Dritte Forderung: Jedes SAPV-Team muss die Zusage der kompletten Finanzierung von Kassenverbänden oder KV bekommen. Dafür verpflichtet sich das Team, pro Jahr eine bestimmte Anzahl von Patienten qualitativ auf hohem Niveau vollständig zu versorgen. Wie Levin berichtete, stünden in München mehrere SAPV-Teams bereits in den Startlöchern. „Es müssen nur noch Verträge unterzeichnet werden, dann könnte es nach kurzem Vorlauf losgehen“, so die Allgemeinärztin. Vierte Forderung: Für die ärztliche Betreuung Sterbender in stationären Hospizen soll in Abhängigkeit von der Liegezeit ebenfalls eine Sonderpauschale eingeführt werden. Die bisher nicht angemessene Bezahlung dieser aufwändigen und Spezialwissen voraussetzenden Tätigkeit drücke Ignoranz gegenüber den Bedürfnissen Sterbender und ihren engagierten Behandlern aus, erklärte Levin. Nach ihrer Meinung seien diese Forderungen alle umsetzbar, es gebe auch bereits Kostenkalkulationen. Im Anschluss stellte Harald Engel, Ressortdirektor Bereichsgrundschutz/-recht bei der AOK Bayern, die Situation aus Sicht der Krankenkassen dar. Engel sah sich vor allem dazu genötigt, zu erklären, warum die Kassen den seit 2007 gesetzlich festgeschriebenen Anspruch von Patienten auf eine SAPV noch nicht durch Vertragsabschlüsse in die Regelversorgung umgesetzt hätten. Die gesetzliche Regelung sei vom Gesetzgeber

nicht optimal vorbereitet worden, sagte Engel. So entstünden SAPV nicht aus einer bestehenden Struktur heraus, sondern aus einer Regelung, die vom Gesetzgeber künstlich über das System „drübergegosen“ worden sei. Dies führe zu Abgrenzungsschwierigkeiten von Leistungen. Zudem stellte sich die Frage, wie man die richtigen Patienten für diese Spezialversorgung bestimmen könne.

Jahresabrechnung 2008

Der nächste Punkt der Tagesordnung war die Vorstellung der Jahresabrechnung 2008. Nach den Prüfberichten der Wirtschaftsprüfer Prof. Müller und Dr. Tepohl stimmten die Delegierten der Jahresabrechnung 2008 zu und nahmen den Antrag auf Entlastung der Geschäftsführung und des Vorstandes mehrheitlich an.

Satzung und Wahlordnung

Im nächsten Punkt der Tagesordnung legte der ÄKBV-Vorstand den Delegierten eine Neufassung der Satzung und der Wahlordnung des ÄKBV vor. Beides wurde vom Plenum jeweils einstimmig angenommen. Die neue Satzung und die neue Wahlordnung werden demnächst in den MÄA abgedruckt, sobald sie von der Aufsichtsbehörde geprüft und gebilligt sind.

Verschiedenes

Unter dem letzten Punkt der Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ diskutierten die Delegierten medizinkritische Äußerungen des 1. Vorsitzenden der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns, Dr. Axel Munte, die in der Süddeutschen Zeitung vom 26. März abgedruckt waren. In den Artikel waren unter anderem folgende Zitate des KV-Chefs zu lesen: „Unsere Organisation ist nur noch ein Sinnbild des gierigen Arztes“ – „Durch die neue Honorarreform gewinnen die mittelmäßigen Ärzte auf Kosten der Spezialisten“ – „Es sind schon zu viele gestorben“ (mit dem Zusatz, dass mittelmäßige Versorgung Leben kosten könne). Insbesondere das letzte Zitat wurde von den Delegierten scharf kritisiert. Bezüglich der Frage, wie der ÄKBV auf diese Äußerungen reagieren könne und müsse, machte der 1. Vorsitzende Dr. Christoph Emminger den Vorschlag, zeitnah eine außerordentliche Delegiertenversammlung einzuberufen. Diese Delegiertenversammlung wird am 14. Mai stattfinden und soll die Frage „Wege aus der Krise – wie muss ein besseres Gesundheitssystem gestaltet werden?“ behandeln.

Caroline Mayer